

Aktionsleitfaden

Die Zwei-Tassen-Gesellschaft von Schwarz-Gelb

Einführung

Kernbotschaften

Aktionsideen

Materialien

ANPACKEN.
FÜR UNSER LAND.

SPD

Anbei informieren wir dich über:

1. Einführung
2. Kernbotschaften
3. Aktionsideen
4. Materialien

1. Einführung

Die Union verspricht viel in ihrem Programm - sie sagt aber nicht, wie sie ihre Versprechungen finanzieren will oder wer sie bezahlen soll. So undeutlich bleibt auch K.T. zu Guttenberg: „**Wir werden auch nach der Bundestagswahl die gründliche und ernsthafte Debatte darüber fortführen müssen, was wir uns leisten können und was wir uns leisten wollen.**“ (Tagesspiegel, 26.6.09)

Schwarz-Gelb will das Land in der nächsten Wahlperiode unter einen andauernden Kürzungsdruck setzen. Ausgabenkürzungen für die Einen, Steuersenkungen für die Anderen. Das sind Einsparungen auf Kosten der Schwachen.

Wir spitzen die Diskussion zu. Wir zeigen konkret, wo gespart wird, damit aus den schwarz-gelben Koalitionsträumen keine Wirklichkeit wird. Wirtschaftsminister zu Guttenberg hat die Katze aus dem Sack gelassen. Während CDU und CSU ein unklares Wahlprogramm im Tarnanzug vorgelegt haben, listet das „industriepolitische Konzept“ des Wirtschaftsministers auf, was eine unionsgeführte Regierung nach der Wahl wirklich machen würde:

- Unter „**Flexibilisierung des Arbeitsrechts**“ versteht zu Guttenberg die Aufweichung von Befristungsregelungen, „**anpassungsfähige Arbeitsverträge**“, die Aufweichung des Kündigungsschutzes und die Ausweitung von unregelter Leiharbeit.
- Das Papier spricht sich gegen „**übertriebene Lohnsteigerungen**“ aus. Dies kann nichts anderes heißen als weitere Lohnzurückhaltungen, und dies obwohl die Lohnquote in Deutschland bereits heute auf einem Tiefstand ist. Die Schwäche des Binnenmarktes würde so zementiert. Die Kaufkraft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird geschwächt, der Wirtschaft wird das binnenwirtschaftliche Standbein weggetreten.
- Es gibt keine neuen Spielregeln für die Finanzmärkte. **Für die Lasten der Krise sollen vor allem Arbeitnehmer, Familien, Kranke und Rentner zahlen.** Eine Beteiligung des Finanzsektors und der Spitzenverdiener (über z.B. Börsenumsatzsteuer und Erhöhung des Spitzensteuersatzes) lehnt das Papier ausdrücklich ab.
- Es wird das Ziel formuliert, dass die „**Beiträge der Sozialversicherungen so weit wie möglich von den Arbeitskosten entkoppelt werden**“ und dies „**insbesondere im Bereich der Kranken- und Pflegeversicherung**“. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen mehr für die Sozialversicherung zahlen. Da die Steuern für Unternehmen und

Spitzenverdiener gleichzeitig gesenkt werden sollen, ist nicht etwa eine stärkere Steuerfinanzierung der sozialen Sicherung gemeint. Dahinter versteckt sich nichts anderes als das von der FDP geforderte Modell der Teilkasko-Versicherung.

- **Stopp für gerechte Mindestlöhne.** Die gesetzlich beschlossenen Verfahren zur Einführung von Mindestlöhnen sollen ausgebremst werden.
 - Der ermäßigte Steuersatz auf Lebensmittel soll wegfallen. **Betroffen von teureren Lebensmitteln sind vor allem Geringverdiener.**
 - **Städte und Gemeinden sollen finanziell geschwächt werden.** Die Bemessungsgrundlage für die kommunale Gewerbesteuer soll verkleinert werden.
- Das Papier von K.T. zu Guttenberg zeigt die Spitze des Eisbergs. Zusammen mit der Union und der FDP bedeutet das: Schwarz-Gelb hungert den Staat aus.
- **Schwarz-Gelb plant erhebliche Steuersenkungen** - und dies obwohl in den Jahren bis 2013 bereits 316 Mrd. Euro krisenbedingt in den öffentlichen Kassen fehlen werden.
 - **Die Union plant Mindereinnahmen von 16 Mrd. Euro bei der Einkommensteuer,** ihr gesamtes Steuerprogramm summiert sich auf **mindestens minus 20 Mrd.**
 - Die **FDP plant Mindereinnahmen von 80 Mrd. Euro** bei der Einkommensteuer, ihr gesamtes **Steuerprogramm** summiert sich auf **minus 160 Mrd.**
 - Die FDP entlastet Spitzenverdiener massiv – um rund 20.000 Euro pro Jahr. Selbst wenn nur die geplanten Steuermindereinnahmen bei der Reduzierung der Einkommensteuer zugrunde gelegt werden, wird deutlich, dass Einnahmeverluste in dieser Größenordnung massive Einschnitte in den Bereichen der öffentlichen Investitionen, der Daseinsvorsorge und der sozialen Sicherung zu Folge haben. Wofür das Geld dann fehlen wird, wird schnell deutlich. Mit dem Geld, auf das die FDP allein durch die Senkung der Einkommenssteuersätze verzichten will, könnten 4 Mio. Kita-Plätze geschaffen und 2,8 Mio. Erzieherinnen und Erzieher beschäftigt werden.

Der „Gegenwert“ der schwarz-gelben Steuerversprechen an vier Beispielen

	CDU/CSU (minus 20 Mrd.)	FDP (minus 80 Mrd.)
Schaffung von Kita-Betreuungsplätzen (Kosten 20.000 pro Platz)	1 Mio. Plätze	4 Mio. Plätze
Beschäftigung von Erzieher/innen (Kosten TVöD Entgeltgruppe 6: rd. 28.000)	Über 700.000 Erzieherinnen	2,8 Mio. Erzieherinnen
Finanzierung von Windturbinen mit 5 Megawatt (Kosten: 10 Mio. Euro)	2000 Windturbinen, die zur Einsparung von 20 Mio. t CO ₂ pro Jahr führen würden	8000 Windturbinen, die zur Einsparung von 80 Mio. t CO ₂ pro Jahr führen würden
Installation von Solarkollektoren auf einem Einfamilienhaus (Kosten 5.000 Euro)	4 Mio. Anlagen, die zur Einsparung von 4 Mio. t CO ₂ pro Jahr führen würden	16 Mio. Anlagen, die zur Einsparung von 16 Mio. t CO ₂ pro Jahr führen würden

2. Kernbotschaften:

Die Reaktion von CDU/CSU und FDP auf Frank-Walter Steinmeiers Deutschland-Plan zeigt: Schwarz-Gelb steht nicht für die Verbindung von neuem Wirtschaftswachstum, steigenden Einkommen und Vollbeschäftigung. **Schwarz-Gelb steht wirtschaftspolitisch für altes Denken.**

Schwarz-Gelb würde bedeuten:

- **Kein solidarischer Lastenausgleich, sondern Steuererleichterungen für Wohlhabende** - auf dem Schuldenberg bleiben alle sitzen.
- **Für Geringverdienende bleibt es bei unanständigen Löhnen** - Mindestlöhne sind dann vom Tisch.
- **Die Sozialversicherungen werden ausgehöhlt** - Privatversicherungen und Teilkaskomodelle sind das Ziel.
- **Manager werden auch künftig Millionen kassieren** - selbst wenn sie ihren Laden gegen die Wand fahren.
- **Die Rechnung bekommt der Steuerzahler** - hohe Managergehälter und Abfindungen bleiben unbegrenzt von der Steuer absetzbar.
- **Die Atomkraftwerke werden unbegrenzt weiterlaufen** - obwohl niemand weiß, wohin mit dem Strahlenmüll.



Aktionsleitfaden

DIE ZWEI-TASSEN-GESELLSCHAFT VON SCHWARZ-GELB

- **Statt Energiewende gibt es die Rolle rückwärts** - die Konzerne werden auch in Zukunft mit unsicheren Atommeilern und alten Kohlekraftwerken Gewinne einstreichen.
- **Kein Jobwunder auf den grünen Leitmärkten der Zukunft** - Schwarz-Gelb setzt auf Niedriglohn und die Beseitigung von Arbeitnehmerrechten.
- **Frauen in der Wirtschaft kommen in dem Programm der Union nicht vor** - keine Aussage zu gleichen Löhnen, keine Aussage zur Gleichstellung auf den Führungsetagen.

3. Aktionsideen

Hinweis: Die Aktionsideen orientieren sich an den Aufzählungspunkten in der Einführung.

Aktion zu Punkt

„Das Arbeitsrecht soll „flexibilisiert“ werden.“

Guck-Würfel

Für diese Aktion benötigt ihr zwei Kartons. Gut geeignet ist der Pappwürfel (Wahlurne/ Dialogbox) aus dem SPD-Shop. Der eine Karton ist schwarz –gelb angemalt und trägt z.B. die Aufschrift: „Auswirkungen von schwarz-gelb“. Dieser Karton ist unten offen, um die Inhaltsleere von CDU/FDP zu verdeutlichen. Innen ist das Wort „Starke ArbeitnehmerInnen“ durchgestrichen. In den roten SPD-Würfel legt ihr Karten mit Botschaften wie: „Sicherung Kündigungsschutz“, „Sicherung Mitbestimmung“, „Bessere Absicherung von Leiharbeit“, „Bessere Absicherung von PraktikantInnen“ etc. Diese Pappwürfel drapiert ihr an euren Infostand und sprecht Bürger an, diese zu öffnen.

Aktion zu Punkt:

„Arbeitnehmer, Familien, Rentner und Kranke sollen die Lasten der Krise tragen“

Überraschung unterm Tannenbaum

„Die Geschenke sind nicht für Sie! Sie tragen nur die Lasten, wenn es nach Schwarz-Gelb ginge!“

Neben dem SPD-Infostand stellt ihr einen Tannenbaum (echt oder künstlich) auf und schmückt ihn schwarz/gelb. Daneben legt ihr zwei, drei große Geschenkpakete. Die Pakete sollten Schwarz-Gelb eingepackt sein. Auf der Oberseite ist ein Zettel angebracht mit der Aufschrift: Nicht für Sie!

Geschenke ziehen Kinder an und jeder aufgestellte Weihnachtsbaum im September weckt Neugierde. Wir zeigen die Geschenke einer schwarz-gelben Bundesregierung.

Beim Steuerkonzept der Union sowie der FDP und beim industriepolitischen Konzept von zu Guttenberg (CSU) wird deutlich: Arbeitnehmer, Familien, Rentner und Kranke sollen die Lasten der Krise tragen. Nur ein kleiner Teil der Bevölkerung würde profitieren. Das könnt ihr anhand der nachfolgenden Beispiele im Gespräch deutlich herausstellen.

Beispiel 1:

Die Union will die Einkommenssteuer (Höchststeuersatz) verändern: Profitieren würden Menschen mit einem Monatseinkommen von 5.000 Euro (brutto).

➤➤➤ Das bedeutet 16 Mrd. Euro weniger: weniger öffentliche Dienstleistungen, weniger Zukunftsinvestitionen, weniger soziale Sicherung. Das wäre garantiert keine Erleichterung für die Mehrheit der Bevölkerung.

Beispiel 2:

Die Union verspricht Steuersenkungen für die Besserverdienenden und will gleichzeitig den ermäßigten Steuersatz auf Lebensmittel streichen.

➤➤➤ Von teureren Lebensmitteln sind vor allem Geringverdiener betroffen.

Beispiel 3:

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen mehr für die Sozialversicherungen zahlen.

➤➤➤ Spitzenverdiener und der Finanzsektor werden geschont, aber ein höherer Beitrag der Arbeitnehmer zu den Sozialversicherungsbeiträgen eingefordert.

Aktion zu Punkt

„Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen mehr für die Sozialversicherungen zahlen.“

Starke Schultern – nicht so starke Schultern

Um zu zeigen, wie unser Modell der paritätischen Sozialversicherung aussieht verbildlichen wir in einer Aktion, was wir mit „Die Starken sorgen für die Schwachen“ meinen.

Zeichnet mit Straßenmalkreide eine Strecke von 10 Metern auf den Gehweg. Als Zielmarke malt ihr auf den Boden oder spannt ein Band, auf dem steht: „Solidarität im Sozialstaat“. An den Start stellt ihr zwei bunt bemalte Kisten mit den Schriftzügen „Kiste für Reiche“ und „Kiste für weniger Reiche“. Die erste bepackt ihr sehr schwer, die zweite nicht so schwer. Sucht euch nun aus interessierten Passanten zwei aus, die unterschiedlich stark sein könnten (z.B. Elternteil und Kind, Großelternteil und Enkelkind etc.) und gebt erst dem Schwächeren die schwere Kiste und dem Stärkeren die leichte. Das Rennen wird gestartet. Nachdem der Stärkere mit der leichten Last bereits im Ziel ist sollte der andere noch schleppen. Tauscht nun die Kisten so, dass die TeilnehmerInnen ungefähr gleichzeitig ins Ziel kommen sollten. Erklärt den ZuschauerInnen über Megaphon, was ihr mit diesem Rennen versinnbildlichen wollt und verteilt Flyer an interessierte PassantInnen.

Aktion zu Punkt

„Stopp für gerechte Mindestlöhne.“

Juso-Mindestlohnquiz als Bodenzeitung

Auf einer stabilen Plane aus dem Baumarkt wird mit einem dicken, wasserfesten Stift ein Quiz aufgemalt. Die Ankreuzkästchen sind in diesem Fall so groß, dass mit großen „Spielsteinen“ gearbeitet werden kann. Die SPD-Pappwürfel (als „Dialogbox/Wahlurne“ im SPD-Shop zu bestellen) eignen sich sehr gut dafür.

Die Fragen:

1. In wie vielen Ländern Europas gibt es gesetzliche Mindestlöhne?
a) in 0 b) in 20 c) in 27
2. Wie hoch ist der Mindestlohn in Irland?
a) 5 Euro/Std. b) 8,65 Euro/Std. c) 2 Euro/Std.
3. In welchem Land hat der Mindestlohn zu mehr Arbeitslosigkeit geführt?
a) Irland b) Spanien c) in keinem

Die Antworten: 1c); 2b); 3c)

Das Quiz ist ein idealer Einstieg um ins Gespräch zum Thema Mindestlohn zu kommen. Es ist gleichzeitig ein echter Hingucker. Vorbeigehende Passantinnen und Passanten werden neugierig.

Die Jusos in Jena haben diese Aktion in einem Infostandseminar selber entwickelt und ausprobiert. Unter folgendem Link, könnt ihr euch die Aktion ansehen.

<http://www.youtube.com/watch?v=rX7-P4QCsf4>

Die Fragen entstammen einem Bierdeckelquiz der Bundes-Jusos. Die Bierdeckel eignen sich gut für Kneipenaktionen. Ihr bekommt die Bierdeckel unter www.jusos.de.

Aktion zu Punkt

„Der ermäßigte Steuersatz auf Lebensmittel soll wegfallen“

Kleinere Brötchen backen – mit der Steuererhöhung der Union

Brötchenverteilaktionen sind an sich nichts Neues. Verbunden mit einem Flugblatt oder anderen Infos zur geplanten Mehrwertsteuererhöhung der Union auf Lebensmittel und der Verteilung extra kleiner Brötchen (Partybrötchen vom Bäcker) wird es zur guten und preiswerten Wahlkampfidee.

Verteilt werden sollten die Brötchen an Knotenpunkten des öffentlichen Nahverkehrs, in der Fußgängerzone, an stark frequentierten Plätzen - gerne zur Frühstücks- Mittags-

oder Abendbrotzeit. Die Aktion eignet sich aber auch als Verteilaktion an die Haushalte. Die Brötchentüte beschriften mit: „Kleinere Brötchen backen – mit der Steuererhöhung für Lebensmittel durch die Union“.

Aktion zu Punkt

„Städte und Gemeinden sollen finanziell geschwächt werden“

Wegen Schwarz-Gelb geschlossen

Klar benennen, was bei Verwirklichung der Steuerpläne von Union und FDP nicht mehr geht und wofür kein Geld mehr in der Staatskasse ist.

Vor Bibliotheken, Schulen, Universitäten, städtischen Kindertagesstätten, Krankenhäusern, Schwimmbädern, Jugendzentren, Feuerwehr, Polizei und sonstigen staatlichen/städtischen/gemeindlichen Einrichtungen „WEGEN SCHWARZ-GELB GESCHLOSSEN“ mit Kreidespray und Schablone auf den Boden aufmalen. Noch wirkungsvoller ist das symbolische Absperren der Einrichtungen mit schwarz-gelbem Absperrband.

Gute Argumente zu diesem Thema findet Ihr in der aktuellen Zusammenstellung „Argumente zur Bundestagswahl 2009 aus kommunaler Sicht“ der Bundes-SGK unter

www.bundes-sgk.de

Maxi-Rechnung

Hier geht es um die Frage, wie die Steuerpläne der Union und FDP denn finanziert werden sollen angesichts milliardenschwerer Konjunkturprogramme, weniger Steuereinnahmen und steigender Staatsschulden. Insbesondere auf wessen Kosten. Veranschaulichen lässt sich das mit einer „Maxi-Rechnung“ von Union und FDP an die Bürgerinnen und Bürger. Und Zahltage ist der 27.9.2009!

Rechnung auf folgender Seite

RECHNUNG

Union und FDP stellen den Bürgerinnen und Bürgern Deutschlands folgende Beträge in Rechnung (Beträge jeweils in Euro):

1. Union

Anhebung der Einkommensgrenze für den Höchststeuersatz	4 Mrd.
Korrektur des Tarifverlaufs (Abbau Mittelstandsbauch)	4 Mrd.
Senkung Eingangssteuersatz auf 12 %	2 Mrd.
Zwischensumme Einkommensteuer	10 Mrd.
Anpassung der Unternehmenssteuer	1 Mrd.

Weitere Steuermaßnahmen:

Kinderfreibetrag	3 Mrd.
Ermäßigte MwSt.	4,6 Mrd.
Betreuungsgeld	1,4 Mrd.
Gesamtsumme	<u>20 Mrd.</u>

2. FDP

Mindereinnahmen bei der Einkommensteuer	80 Mrd.
Weitere steuerpolitische Vorschläge bei der Unternehmensbesteuerung, Einführung von Abschreibungsmöglichkeiten etc.	80 Mrd.
Gesamtsumme	160 Mrd.

Zahlung fällig am 27.9.2009.

Die Rechnung auf eine große Pappe ziehen und den Bürgerinnen und Bürgern am Infostand oder in der Fußgängerzone etc. überreichen.

Aktionsleitfaden

DIE ZWEI-TASSEN-GESELLSCHAFT VON SCHWARZ-GELB

4. Materialien

Das **Materialpaket** (Artikel-Nr.: 4808930) besteht aus:

- 1** Plakate (jeweils 5 Stück pro Motiv, DIN A1)
- 2** Postkarte (100 Stück)
- 3** Handzettel (500 Stück)

Bestellen auf: www.spd-shop.de

20,-



Alle Materialien können auch einzeln unter www.spd-shop.de bestellt werden.

DOWNLOAD

Angela Merkel erklärt das Steuerkonzept der CDU. Abzurufen unter:

<http://www.youtube.com/watch?v=yGGg100xpSY&hl=de>

Liefer- und Zahlungsbedingungen

Die angegebenen Preise gelten nur für Gliederungen der SPD.

Alle anderen Bestellungen sind mehrwertsteuerpflichtig.

Alle Preise zzgl. gewichtsabhängiger Versandkosten.



Blaupause für Schwarz-Gelb

Die Union schweigt, dementiert aber nicht. Nachdem das „industriepolitische Gesamtkonzept“ von CSU-Wirtschaftsminister zu Guttenberg an die Öffentlichkeit gelangt ist, versucht die Union, das Papier herunterzuspielen. Dabei wird in dem Papier erstmals deutlich, welche Pläne CDU/CSU, unterstützt von FDP, wirklich verfolgen. Damit stört es allerdings die Schlafwagen-Taktik, mit der sich Angela Merkel durch den Wahlkampf mogeln möchte.

Das sind die Kernelemente des „industriepolitischen Gesamtkonzepts“:

- ▶ **Arbeitnehmer, Familien, Rentner und Kranke sollen die Lasten der Krise tragen.** Spitzenverdiener und Finanzsektor werden geschont – eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes und eine Börsenumsatzsteuer, wie die SPD fordert, wird ausdrücklich abgelehnt.
- ▶ **Der ermäßigte Steuersatz auf Lebensmittel soll wegfallen** – von teureren Lebensmitteln sind vor allem Geringverdiener betroffen.
- ▶ **Im Gegensatz zu Gutverdienern sollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Verzicht üben.** Beschäftigte werden zur „Lohnzurückhaltung“ aufgerufen, obwohl die Lohnquote in Deutschland auf einem historischen Tiefstand ist.
- ▶ **Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen mehr für die Sozialversicherungen zahlen.** Die Sozialversicherungsbeiträge sollen von den Lohnkosten „entkoppelt“ werden. Das Prinzip der paritätischen Finanzierung der Sozialversicherung soll immer weiter ausgehöhlt werden.
- ▶ **Stopp für gerechte Mindestlöhne.** Die gesetzlich beschlossenen Verfahren zur Einführung von Mindestlöhnen sollen ausgebremst werden.
- ▶ **Das Arbeitsrecht soll „flexibilisiert“ werden.** Das heißt: Aufweichen des Kündigungsschutzes, Ausweitung von Leiharbeit, laxere Regeln für die Befristung von Arbeitsverträgen ...
- ▶ **Städte und Gemeinden sollen finanziell geschwächt werden.** Die Bemessungsgrundlage für die kommunale Gewerbesteuer soll verkleinert werden.

Klar, dass nun die gesamte Union mit Kanzlerin und Minister zu dem „industriepolitischen Gesamtkonzept“ schweigt – ist doch hier erstmals schwarz auf weiss aufgezeichnet, was die Wählerinnen und Wähler wirklich von Schwarz-Gelb zu erwarten haben.